

Umsatzsteuer-News

Aktuelles rund um das Umsatzsteuerrecht

Ausgabe 03, März 2022

Inhalt

Vom Europäischen Gerichtshof	2
Zu früher Vorsteuerabzug bei leistenden Unternehmern mit Ist-Versteuerung?	
Nach Meinung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) entsteht der Vorsteueranspruch auch bei der Ist-Versteuerung (§ 20 UStG) im Zeitpunkt, zu dem die Ausgangssteuer entsteht – in diesem Fall also nicht bei Leistungserbringung, sondern erst bei Zahlung. Unmittelbare Folgen sind wohl nicht zu erwarten, es könnte aber eine Gesetzesänderung anstehen.....	2
Aus der Gesetzgebung	3
Entwurf eines Gesetzes zur verfassungsgemäßen Neuregelung des Zinssatzes	
Die Frist, die das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) dem Gesetzgeber für eine verfassungsgemäße Neuregelung des Zinssatzes für Nachzahlungs- und Erstattungsinsen gesetzt hat, läuft am 31. Juli 2022 ab. Nach einem jetzt vorgestellten Gesetzentwurf soll der Zinssatz nach § 233a AO rückwirkend zum 1. Januar 2019 auf 1,8 Prozent p. a. sinken.	3
Aus der Finanzverwaltung.....	4
Bemessungsgrundlage für die Nutzung und Überlassung von Elektrofahrzeugen und Fahrrädern	
Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat sich zur Besteuerung der unternehmensfremden (privaten) Nutzung von Elektrofahrzeugen, Hybridelektrofahrzeugen, Elektrofahrrädern und Fahrrädern sowie zur Überlassung von Elektrofahrrädern und Fahrrädern an Arbeitnehmer geäußert.	4
Aus dem Ausland.....	5
Österreich: Vereinfachungsregelung für innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäfte	
Der österreichische Verwaltungsgerichtshof (VwGH) hat auf Basis der EuGH-Rechtsprechung entschieden, dass eine umsatzsteuerliche Erfassung des Zwischenhändlers (auch) im Bestimmungsmitgliedstaat die Vereinfachungsregelung für Dreiecksgeschäfte nicht ausschließt.	5
Service	6
Veranstaltungen	6
Ihre Ansprechpartner	7

Vom Europäischen Gerichtshof

Zu früher Vorsteuerabzug bei leistenden Unternehmern mit Ist-Versteuerung?

Nach Meinung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) entsteht der Vorsteueranspruch auch bei der Ist-Versteuerung (§ 20 UStG) im Zeitpunkt, zu dem die Ausgangssteuer entsteht – in diesem Fall also nicht bei Leistungserbringung, sondern erst bei Zahlung. Unmittelbare Folgen sind wohl nicht zu erwarten, es könnte aber eine Gesetzesänderung anstehen.

Fundstelle:

EuGH C-9/20 „Grundstücksgemeinschaft Kollastraße“, Urteil vom 10. Februar 2022

Die Klägerin des Ausgangsverfahrens, eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts, vermietete ein angemietetes Gewerbegrundstück. Beide, die Klägerin und ihre Vermieterin, hatten für ihre Vermietungstätigkeit zur Umsatzsteuer optiert. Die Vermieterin der Klägerin versteuerte (wie die Klägerin selbst) die Steuer nach vereinnahmten Entgelten (§ 20 UStG). Die Mietzahlungen wurden der Klägerin teilweise gestundet, so zahlte diese einen Teil ihrer Mieten für die Jahre 2009 bis 2012 erst in den Jahren 2013 bis 2016. Die Klägerin machte die Vorsteuer nicht für den Zeitraum geltend, in dem die Mietleistung erbracht worden war, sondern erst für den Voranmeldungszeitraum der Zahlung – mitunter also Jahre später. Das Finanzamt war damit nicht einverstanden. Es strich den Vorsteuerabzug für die Jahre der Zahlung, um die Vorsteuer in den früheren Jahren anzusetzen, in denen die entsprechende monatsweise Überlassung des Grundstücks erfolgt war. Allerdings waren die Jahre 2009 und 2010 zu diesem Zeitpunkt bereits festsetzungsverjährt, sodass die Vorsteuer für diese Jahre nicht mehr in Ansatz gebracht werden konnte. Die Klägerin wandte sich gegen diese Maßnahme und bestand darauf, den Vorsteuerabzug erst für den Zeitpunkt der Zahlung geltend zu machen.

Der EuGH gab der Klägerin recht. Artikel 167 MwStSystRL stelle eine allgemeine Regel auf: Das Recht des Leistungsempfängers auf Vorsteuerabzug entsteht, wenn der Anspruch des Fiskus gegen den leistenden Unternehmer auf die entsprechende Ausgangssteuer entsteht. Da im Fall der Ist-Versteuerung die Ausgangssteuer auf eine Lieferung oder sonstige Leistung wegen § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b UStG (vgl. Art. 66 Buchst. b MwStSystRL) erst mit Ablauf des Voranmeldungszeitraums entsteht, in dem die Entgelte vereinnahmt worden sind, sei davon auszugehen, dass das Recht der Klägerin auf Vorsteuerabzug zum Zeitpunkt der Vereinnahmung des Preises durch die Vermieterin (also bei Zahlung) entstanden war.

Der EuGH sah keinen Raum dafür, vom Grundsatz des Art. 167 MwStSystRL abzuweichen. So hatte das vorlegende erstinstanzliche Finanzgericht, das FG Hamburg, auf eine Protokollerklärung des Rates der EU und der EU-Kommission zu Art. 17 Abs. 1 der Sechsten Richtlinie (entsprach dem heutigen Art. 167 MwStSystRL) hingewiesen. Danach könnten die Mitgliedsstaaten von dem in Art. 17 Abs. 1 der Sechsten Richtlinie vorgesehenen Grundsatz abweichen, wenn der Lieferer oder Dienstleistungserbringer nach vereinnahmten Entgelten besteuert werde. Das FG Hamburg hatte auf dieser Basis die Vermutung geäußert, dass es sich bei Art. 167 MwStSystRL nicht um eine zwingende Vorgabe, sondern lediglich um eine „Leitidee“ handeln könne. Der EuGH trat dieser Auffassung entgegen: Eine solche Protokollerklärung könne nicht zur Auslegung abgeleiteten Rechts herangezogen werden, wenn der Inhalt der Erklärung (wie hier) in der fraglichen Bestimmung keinen Ausdruck gefunden und somit keine rechtliche Bedeutung habe.

Hinweis

Auch hier müssen die Entstehung des Vorsteueranspruchs und seine Ausübung auseinandergehalten werden: Der Anspruch des Leistungsempfängers auf den Vorsteuerabzug *entsteht*, wenn der Anspruch des Fiskus auf die Ausgangssteuer entsteht, doch bedarf es weiterer Voraussetzungen wie vor allem einer validen Vorsteuerrechnung, um ihn auch *ausüben* zu können.

Die Versteuerung nach vereinnahmten Entgelten (Ist-Versteuerung, § 20 UStG) ist gegenüber der Versteuerung bei Ausführung der Leistung (Soll-Versteuerung) zwar die Ausnahme. Gleichwohl sind istversteuernde Unternehmer durchaus nicht selten. Zum Beispiel ist die Ist-Versteuerung anwendbar, soweit Umsätze aus einer Tätigkeit als Angehöriger eines freien Berufs im Sinne des § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG erzielt werden. Das schließt Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Notare und viele weitere Berufe ein. Die sogenannte Mindest-Ist-Versteuerung, wie sie bei sollversteuernden Unternehmern bei Vereinnahmung von Anzahlungen vor Ausführung der Leistung zur Anwendung kommt, wird durch dieses Urteil nicht berührt.

Ein Vorsteuerabzug erst bei Zahlung auf Leistungen, die beim leistenden Unternehmer der Ist-Versteuerung unterliegen, ist im deutschen Umsatzsteuerrecht gegenwärtig nicht vorgesehen. Es fehlt aber auch an den weiteren Voraussetzungen: Deutschland hat Art. 226 Nr. 7a MwStSystRL nicht umgesetzt, aus dem sich ergibt, dass bei Ist-Versteuerung durch den leistenden Unternehmer die Rechnung die Angabe „Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten“ enthalten muss. Daher sind Unternehmer in Deutschland gegenwärtig nicht in der Lage, sicher zu erkennen, ob der leistende Unternehmer seine Umsätze der Ist-Versteuerung unterwirft oder nicht. Bis zu einer möglichen Änderung des Umsatzsteuergesetzes (UStG) sollten sich die Steuerpflichtigen wohl auf das nationale Recht berufen können. Da allerdings im Nachgang zu diesem Urteil zunächst „lediglich“ die Entscheidung eines erstinstanzlichen FG ansteht und somit der Bundesfinanzhof erst im Fall einer Revision mit dem Thema befasst werden dürfte, ist unklar, ob das Bundesministerium der Finanzen (und im nächsten Schritt der Gesetzgeber) gegenwärtig schon Handlungsbedarf sieht.

Aus der Gesetzgebung

Entwurf eines Gesetzes zur verfassungsgemäßen Neuregelung des Zinssatzes

Die Frist, die das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) dem Gesetzgeber für eine verfassungsgemäße Neuregelung des Zinssatzes für Nachzahlungs- und Erstattungszinsen gesetzt hat, läuft am 31. Juli 2022 ab. Nach einem jetzt vorgestellten Gesetzentwurf soll der Zinssatz für Zinsen nach § 233a AO rückwirkend zum 1. Januar 2019 auf 1,8 Prozent p. a. sinken.

Fundstellen:

Referentenentwurf eines „Zweiten Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung“ vom 14. Februar 2022; BVerfG 1 BvR 2237/14, 1 BvR 2422/17, Beschluss vom 8. Juli 2021; EuGH C-518/14 „Senatex“, Urteil vom 15. September 2016; Allgemeinverfügung vom 29. November 2021 zur Zurückweisung von Einsprüchen und Änderungsanträgen zu Zinsfestsetzungen gemäß § 233a Abgabenordnung (AO) wegen Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit der Zinshöhe von 0,5 Prozent pro Monat für Verzinsungszeiträume vor dem 1. Januar 2019

Das BVerfG hatte mit seinem Beschluss vom 8. Juli 2021 (siehe [Ausgabe 9](#) der Umsatzsteuer-News vom September 2021) die Vollverzinsung für Erstattungen und Nachzahlungen beanstandet. Der Zinssatz nach § 238 Abs. 1 Satz 1 AO von 0,5 Prozent je vollem Zinsmonat (6 Prozent p. a.) hätte demnach zumindest seit 2014 angepasst werden müssen. Dieser Zinssatz darf zwar für Verzinsungszeiträume bis 31. Dezember 2018 weiterhin angewandt werden. Für Verzinsungszeiträume ab 1. Januar 2019 sprach das Gericht jedoch eine Unvereinbarkeitserklärung aus: Gerichte und Verwaltungsbehörden dürfen die betreffenden Vorschriften insoweit nicht mehr anwenden, laufende Verfahren waren und sind auszusetzen.

Eine Auswahl aus den wichtigsten geplanten Neuregelungen des Gesetzentwurfs: § 238 AO soll unter anderem durch einen Abs. 1a ergänzt werden, aus dem hervorgeht, dass in den Fällen des § 233a AO die Zinsen ab dem 1. Januar 2019 0,15 Prozent für den Monat (das heißt 1,8 Prozent für das Jahr) betragen. Dieser Zinssatz ist alle drei Jahre, erstmals zum 1. Januar 2026, zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen. Hinzu kommen Regelungen für den Fall, dass für einen Zinslauf unterschiedliche Zinssätze maßgeblich sind. Die Festsetzungsverjährungsfrist für Zinsen wird auf zwei Jahre verlängert. Außerdem soll dem Steuerpflichtigen unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit eingeräumt werden, eine Vollverzinsung dadurch zu vermeiden, dass „Leistungen auf eine später wirksam gewordene Steuerfestsetzung erbracht“ (also offenbar Zahlungen auf eine absehbare, aber noch nicht festgesetzte Steuerschuld getätigt) werden.

Hinweis

Die beabsichtigte Änderung bezieht sich nur auf Nachzahlungs- und Erstattungszinsen nach § 233a AO. Die Frage, ob auch für andere Zinsen nach der AO (etwa Stundungs- oder Hinterziehungszinsen) oder nach den Einzelsteuergesetzen eine Neuregelung des Zinssatzes erfolgen sollte, soll der Begründung des Entwurfs zufolge „nicht in diesem Gesetz beantwortet werden“ und bedürfe noch eingehender Prüfung. Dem Entwurf ist eine Anwendung des neuen Zinssatzes auf die Verzinsung von im EU-Vergütungsverfahren geltend gemachter Vorsteuer (§ 61 Abs. 5 UStDV) nicht ausdrücklich zu entnehmen. Es kann nach § 176 Abs. 1 Nr. 1 AO Vertrauensschutz zu gewähren sein, hierzu sieht der Entwurf nähere Regelungen in einer Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (EGAO) vor.

In der Gesetzesbegründung wird ausgeführt, dass die Umsatzsteuer nicht aus dem Anwendungsbereich des §§ 233a AO herausgenommen werden soll. Eine Verzinsungspflicht für die Umsatzsteuer „würde auch bestehen, wenn die Umsatzsteuer aus dem Anwendungsbereich des § 233a AO ausgenommen würde. Dann müsste für die Umsatzsteuer eine eigenständige Verzinsungsregelung geschaffen werden, die aber

auf Erstattungszinsen beschränkt bliebe. Dies wäre mit dem Grundsatz der Neutralität der Umsatzsteuer und dem Gebot einer gleichmäßigen Besteuerung aber nicht vereinbar.“

Allerdings bietet die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) sehr wohl Anhaltspunkte für eine abweichende Verzinsung in Umsatzsteuerfällen nach Unionsrecht – insbesondere für einen früheren Beginn des Zinslaufs sowohl in Hinblick auf das Ereignis, an das der Zinslauf anknüpft (derzeit das Ende des Kalenderjahres der Steuerentstehung), als auch in Hinblick auf die Zeit, nach deren Verstreichen der Zinslauf zu beginnen hat (derzeit 15 Monate). Zudem hat sich der EuGH (z. B. im Urteil „Senatex“) mehrfach dafür ausgesprochen, dass Sanktionen die Umstände berücksichtigen müssten, die dem Verstoß zugrunde liegen. Zu den Kriterien, die hier von Bedeutung sein können, zählen offenbar unter anderem die Schwere des Verstoßes durch den Steuerpflichtigen und möglicherweise auch die Frage, ob es zu einer Schädigung des Steueraufkommens gekommen ist. Solche und andere Einwände könnten grundsätzlich auch für Verzinsungszeiträume vor 2019 erhoben werden. Ob sich der EuGH über die vom BVerfG ausgesprochene Befristung der Unvereinbarkeitserklärung für Verzinsungszeiträume ab 2019 hinwegsetzen würde, müsste sich weisen. Gegebenenfalls sollten die Allgemeinverfügung der obersten Finanzbehörden der Länder vom 29. November 2021 und die daraus folgenden Fristen beachtet werden.

Aus der Finanzverwaltung

Bemessungsgrundlage für die Nutzung und Überlassung von Elektrofahrzeugen und Fahrrädern

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat sich zur Besteuerung der unternehmensfremden (privaten) Nutzung von Elektrofahrzeugen, Hybridelektrofahrzeugen, Elektrofahrrädern und Fahrrädern sowie zur Überlassung von Elektrofahrrädern und Fahrrädern an Arbeitnehmer geäußert.

Fundstellen:

BMF-Schreiben vom 7. Februar 2022; gleichlautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 9. Januar 2020; EuGH C-288/19 „QM“, Urteil vom 20. Januar 2021; am BFH anhängiges Revisionsverfahren in der Rechtssache V R 25/21

Das BMF unterscheidet zwischen Fahrzeugen und Fahrrädern. Der Begriff des Fahrzeugs sei gleichzusetzen mit dem Begriff des Kraftfahrzeugs und umfasse damit auch Elektrofahrräder, die einer Kennzeichen-, Versicherungs- oder Führerscheinplicht unterliegen. Der Begriff des Fahrrads hingegen umfasse auch Elektrofahrräder, die verkehrsrechtlich als Fahrrad einzuordnen sind (keine Kennzeichen-, Versicherungs- oder Führerscheinplicht). Zudem unterscheidet das BMF die unternehmensfremde (private) Nutzung im eigentlichen Sinne sowie die Überlassung eines dienstlichen Beförderungsmittels auch zur privaten Nutzung (im Rahmen eines tauschähnlichen Umsatzes).

Die unternehmensfremde (private) Nutzung eines dem Unternehmen vollständig zugeordneten Fahrzeugs ist dem BMF zufolge unter den weiteren Voraussetzungen als unentgeltliche Wertabgabe der Besteuerung zu unterwerfen. Neben anderen Methoden der Wertermittlung könne von den für ertragsteuerliche Zwecke nach der sogenannten 1-Prozent-Regelung (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG) ermittelten Beträgen ausgegangen werden. Im Schreiben näher bestimmte einkommensteuerliche Anreize zur Steigerung der Elektromobilität durch Minderung des Bruttolistenpreises seien dabei nicht zu übernehmen, weil eine Übernahme dieser Regelungen über die zulässige Pauschalierung hinaus aus umsatzsteuerlicher Sicht zu einer Begünstigung des Unternehmers führe, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspreche.

Grundsätzlich dieselben Regeln – einschließlich des Umstands, dass die 1-Prozent-Regelung für Kraftfahrzeuge zur Anwendung gelangen könne – gelten für die unternehmensfremde (private) Nutzung eines dem Unternehmen zugeordneten Fahrrads. Allerdings sei die Fahrtenbuchmethode für ein Fahrrad nicht geeignet, da eine objektive Überprüfung anhand eines Tachometers nicht möglich sei.

Wenn der Unternehmer (Arbeitgeber) seinem Personal (Arbeitnehmer) ein Fahrrad auch zur privaten Nutzung überlässt, sei dies regelmäßig eine entgeltliche Leistung – ein tauschähnlicher Umsatz „Arbeitsleistung gegen Fahrradgestellung“. Die Ermittlung der Bemessungsgrundlage erfolge nach § 10 Abs. 2 Satz 2 UStG nach den Grundsätzen, die für tauschähnliche Umsätze gelten. Grundsätzlich könne auch hier aus Vereinfachungsgründen die Bemessungsgrundlage hilfsweise nach der sogenannten 1-Prozent-Regelung für Fahrräder berechnet werden – hier verweist das BMF auf Rn. 1 der gleichlautenden Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 9. Januar 2020. Betrage der anzusetzende Wert des Fahrrads weniger als 500 Euro, werde es nicht beanstandet, wenn abweichend von dem Vorstehenden von keiner entgeltlichen Überlassung des Fahrrads ausgegangen wird. In diesen Fällen sei keine Umsatzbesteuerung der Leistung an den Arbeitnehmer erforderlich.

Auch im Falle von Fahrrädern gelte, dass ertragsteuerliche Ansätze (z. B. nach § 3 Nr. 37 EStG oder § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 6 EStG) nicht für Zwecke der Umsatzsteuer zu übernehmen seien.

Der Umsatzsteuer-Anwendungserlass wird entsprechend geändert. Die Grundsätze dieses Schreibens sind dem BMF zufolge in allen offenen Fällen anzuwenden.

Hinweis

Eine mögliche Konsequenz des Schreibens ist ein unterschiedlicher Ansatz der Bemessungsgrundlage des Fahrzeugs bzw. Fahrrads für ertragsteuerliche und für umsatzsteuerliche Zwecke – was gegebenenfalls bei der Buchung dieser Geschäftsvorfälle zu berücksichtigen ist.

Wie das BMF ausdrücklich mitteilt, werden Auswirkungen des EuGH-Urteils „QM“ aus dem Jahr 2021 (vgl. Ausgabe 2 der Umsatzsteuer-News vom Februar 2021) auf die deutsche Verwaltungsauffassung derzeit noch mit den obersten Finanzbehörden der Länder erörtert. Hierzu ergehe gegebenenfalls ein gesondertes BMF-Schreiben. In diesem Urteil hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) sich zum Leistungsort der Überlassung eines Wagens geäußert. Dabei hatte er allerdings vornehmlich den Fall entschieden, dass ein Firmenfahrzeug nicht im Wege eines Einbehalts von Teilen des Gehalts, sondern zusätzlich zum Gehalt als „Draufgabe“ zur Verfügung gestellt wird. Das hatte der EuGH nicht als entgeltliche Überlassung angesehen. Das vorliegende Schreiben ist also nicht so zu verstehen, dass das BMF das Urteil „QM“ von vornherein ignorieren möchte. Eine Äußerung dürfte aber wohl erst erfolgen, wenn auch der Bundesfinanzhof (BFH) über das bei ihm unter dem Aktenzeichen V R 25/21 anhängige Verfahren entschieden hat, in welchem das erstinstanzliche Finanzgericht Saarbrücken ein Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH gerichtet hatte.

Es sei darauf verwiesen, dass der durch das Schreiben neu eingefügte Abschnitt 15.24 („Vorsteuerabzug und Umsatzbesteuerung bei [teil-Junternnehmerisch verwendeten Fahrrädern]“) eine entsprechende Anwendung des Abschnitts 15.23 anordnet, der Regelungen für Fahrzeuge trifft. Dieser Verweis geht über die im Schreiben gemachten Äußerungen und Regelungen hinaus und umfasst zum Beispiel auch Regelungen zur Nutzung für nichtwirtschaftliche Tätigkeiten im engeren Sinne (z. B. ideelle Zwecke eines Vereins).



Aus dem Ausland

Österreich: Vereinfachungsregelung für innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäfte

Der österreichische Verwaltungsgerichtshof (VwGH) hat auf Basis der EuGH-Rechtsprechung entschieden, dass eine umsatzsteuerliche Erfassung des Zwischenhändlers (auch) im Bestimmungsmitgliedstaat die Vereinfachungsregelung für Dreiecksgeschäfte nicht ausschließt.

Fundstellen:

VwGH Ro 2020/15/0003-4,
Erkenntnis vom 15. Dezember 2021;
EuGH C-580/16 „Hans Bühler“, Urteil vom 19. April 2018

Eine in der Schweiz ansässige Gesellschaft (CH) lieferte als Zwischenhändler eines Reihengeschäfts Rohöl direkt von Italien nach Slowenien. Das erfolgte unter Anwendung der Vereinfachungsregelung für innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäfte (in Deutschland vgl. § 25b UStG), wobei CH ihre österreichische Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-ID) einsetzte. Nach Meinung der österreichischen Finanzbehörden war die Anwendung der Vereinfachungsregelung nicht zulässig, weil CH auch über eine slowenische USt-ID verfügte und in Slowenien umsatzsteuerlich erfasst (aber nicht ansässig) war. CH habe infolge der fehlgeschlagenen Vereinfachungsregelung in Österreich einen Erwerb zu besteuern, der keinen Vorsteuerabzug zulasse und der erst bei Nachweis der Besteuerung des Erwerbs durch CH in Slowenien entfalle (in Deutschland vgl. § 3d Satz 2 UStG).

Nach dem hier einschlägigen Artikel 141 Buchst. a MwStSystRL darf für die Anwendung der Vereinfachungsregelung der Zwischenhändler im Bestimmungsmitgliedstaat nicht niedergelassen sein, er muss „aber in einem anderen Mitgliedstaat für Mehrwertsteuerzwecke erfasst“ sein. Der VwGH zog das EuGH-Urteil „Hans Bühler“ heran, der sich der Frage der Erfassung in einem anderen Mitgliedstaat in Hinblick auf den Ausgangsmitgliedstaat (nach Art. 141 Buchst. c MwStSystRL) angenommen hatte: Dem Sachverhalt dieses Urteils zufolge hatte der Kläger, ein deutscher Unternehmer, für Dreiecksgeschäfte von Deutschland nach Tschechien als Zwischenhändler eine österreichische USt-ID benutzt, obwohl er auch über eine deutsche USt-ID verfügte. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte für diesen Fall befunden, dass es nicht schädlich sei, wenn der Zwischenhändler (zusätzlich) über die USt-ID des Ausgangsstaats verfügt, wenn er nur die eines anderen Mitgliedstaats (als des Ausgangs- oder Bestimmungsstaats) tatsächlich verwendete. Der VwGH entschied, dass Entsprechendes auch für den Fall gelte, dass der Zwischenhändler zusätzlich auch über eine USt-ID des Bestimmungsstaats verfügt: Entscheidend sei, unter welcher von mehreren USt-ID der Zwischenhändler den konkreten Erwerb tätige. Dieses Urteil könnte sich auch auf andere Sachverhalte anwenden lassen – etwa auf den Fall eines Dreiecksgeschäfts nach Österreich hinein, wenn der Zwischenhändler in Österreich nicht ansässig, dort aber umsatzsteuerlich registriert ist.

Service

Veranstaltungen

Aktuelles zur Umsatzsteuer 2022

31. März 2022 jeweils von 13.30 bis 16.30 h (**Achtung:** Die Veranstaltung wurde um eine halbe Stunde verlängert!)

Unsere Roadshow „Aktuelles zur Umsatzsteuer 2022“ findet im März 2022 erneut im digitalen Format statt.

Zu Beginn der Veranstaltung geben wir Ihnen im Rahmen unseres Plenums einen Überblick zu den aktuellen Entwicklungen im Umsatzsteuerrecht in Deutschland und in der EU und diskutieren mit einem Mitglied der VAT Expert Group anhand konkreter Beispiele, wie Rechtsprechung und Reformüberlegungen die Harmonisierung erschweren. Im Anschluss haben wir mehrere mögliche Breakout Sessions geplant, von denen Sie sich zwei aussuchen können. Hier haben Sie die Möglichkeit, ausgewählte Schwerpunktthemen weiter zu vertiefen. Zum Ende der Veranstaltung treffen wir uns wieder im Plenum, um mit Ihnen über aktuelle Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen zu sprechen. Dabei werden wir insbesondere auch den offenen Austausch mit Vertretern der Finanzverwaltung suchen.

Die Anmeldeseite ist hier zu finden: <https://www.pwc-events.com/azu2022>

Ihre Ansprechpartner

Berlin

Götz Neuhahn

Tel.: +49 30 2636-5445
goetz.neuhahn@pwc.com

Nicole Stumm

Tel.: +49 30 2636-3733
nicole.stumm@pwc.com

Frankfurt am Main / Mannheim

Frank Gehring

Tel.: +49 69 9585-2771
frank.gehring@pwc.com

Gerald Hammerschmidt

Tel.: +49 69 9585-5290
gerald.hammerschmidt@pwc.com

Robert Clemens Prätzler

Tel.: +49 69 9585-6712
robert.clemens.pratzler@pwc.com

Hamburg / Hannover

Markus Hüllmann

Tel.: +49 40 6378-8858
markus.huellmann@pwc.com

München / Stuttgart / Nürnberg

Jens Müller-Lee

Tel.: +49 711 25034-1101
jens.mueller-lee@pwc.com

Sandra Zölch

Tel.: +49 89 5790-6840
sandra.zoelch@pwc.com

Düsseldorf / Köln / Essen

Alexandra Hartenfels

Tel.: +49 211 981-2598
alexandra.hartenfels@pwc.com

Sounia Kombert

Tel.: +49 221 2084-384
sounia.kombert@pwc.com

David Kosiak

Tel.: +49 221 2084-270
david.kosiak@pwc.com

Franz Kirch

Tel.: +49 201 438-1120
franz.kirch@pwc.com

ITX ERP and Data Analytics

Roberta Grottini

Tel.: +49 30 2636-5399
roberta.grottini@pwc.com

ITX Financial Services

Imke Murchner

Tel.: +49 89 5790-6779
imke.murchner@pwc.com

ITX Deals

Christian Schubert

Tel.: +49 89 5790-6726
christian.schubert@pwc.com

ITX Business Recovery Services

Maria Milanovic

Tel.: +49 89 5790-5979
maria.milanovic@pwc.com

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© März 2022 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de